Magistratische Verordnung.

Nachdem sich mehrfältig gezeigt hat, daß Gesellen die Berichtigung ihrer Auflagen an die Gesellenlade unter allerlei Vorwänden unterlassen oder gar verweigern, wodurch die Gesellenlade in Bestreitung ihrer Kranken-Verpflegskosten in das Stocken gerathen, so wird zur Vermeidung dieser Unzukömmlichkeiten allgemein verordnet: daß von nun an sämtliche Arbeitsgeber für die genaue Einzahlung der Auflagen der bei ihnen in Arbeit stehenden Gesellen zu haften haben. In dieser Beziehung haben die Arbeitsgeber sich zur jedesmaligen Verfallszeit der Auflagen von der geschehenen Berichtigung derselben von Seite der Gesellen die Ueberzeugung zu verschaffen, im entgegengesetzten Falle die Rückstände sogleich von dem verdienten Lohne abzuziehen, und an den zur Einsammlung dieser Beträge bestimmten Ansagemeister oder aber an die Gesellenlade selbst abzuführen, indem von nun an alle derlei Gesellen-Auflagen-Rückstände unmittelbar von den Arbeitsgebern abgefordert, und nöthigenfalls im Wege der Execution eingehoben werden würden.

Dem Vorstande der Gesellenlade wird dießfalls aufgetragen, unter eigener Haftung über die richtige Einzahlung der gedachten Gebühren zu wachen, die geschehenen Zahlungen durch Quittungen oder Eintragung im Zahlungsbüchel zu bestätigen, die allenfalls entstehenden Auflagen-Rückstände aber sogleich nach Verfallszeit von den Arbeitsgebern einzuheben, oder im Weigerungsfalle hierher anzuzeigen.

Von dem Magistrate
der Haupt- und Residenzstadt Wien
am 5. November 1835.

Die gehörige Einhebung der Gesellen-Auflagen betreffend, wird sämmtlichen Innungsmitgliedern die von dem löblichen Magistrate unterm 5. November 1835 erlassene Verordnung zur Kenntniß und Befolgung neuerlich in Erinnerung gebracht.

Nr. 7048.

Es ist ein allgemeines Zusammenwirken dringend nothwendig, damit die Auflagen-Gebühren richtig bezahlt werden, indem das Tischler-Mittel an das k. k. allgemeine Krankenhaus für das Jahre 1859 für die Krankenpflege den Pauschalbetrag von 12,500 fl. Oesterr. Währ. wovon für die Gesellen 9375 fl. und auf die Meister für die Lehrlinge 3125 fl. entfallen, zu entrichten hat und für die richtige Bezahlung haften muß.

Insbesondere wird bemerkt, daß jene Arbeitsgeber, welche außer den Linien wohnen und zur Wiener-Innung gehören, verpflichtet sind, für ihre Gesellen alle vier Wochen zur Umfrage die Gesellen-Auflagen in der Innungs-Kanzlei den Ansagemeistern zu entrichten oder durch ihren Altgesellen zu übersenden, und zwar sammt den Auflagebüchern, wo sie dann die Bezeichnung in den Büchern und die Quittungen für die bezahlten Auflagen erhalten werden; auch hat ein jeder Geselle seinen Namen eigenhändig in die Quittung zu schreiben wie sie sonst bei nöthiger Vorweisung nicht als sein Eigenthum erkannt werden würde.